

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 181 (2015)
Heft: 8

Artikel: Ein Zentrum für Sicherheit und Demokratie
Autor: Winkler, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583192>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Zentrum für Sicherheit und Demokratie

Was tun mit den Sicherheitsapparaten, die ein Milosevic oder Ben Ali zurücklassen? Wie nach einem Bürgerkrieg die öffentliche Ordnung wiederherstellen? Wie private Sicherheitsfirmen klaren Regeln unterstellen? Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) ist die weltweit führende Anlaufstelle für diese Fragen.

Theodor Winkler

Der sicherheitspolitische Druck auf die Staatenwelt nimmt stetig zu. Staaten im Übergang von einem autoritären Regime zur Demokratie, Staaten, die aus einem blutigen Bürgerkrieg auftauchen, und Staaten, die in der Konfliktzone von der Sahelregion bis zum Euphratbecken liegen, sind äusserst verwundbar. Die Folgen der Globalisierung – von Klimawandel über organisiertes Verbrechen bis hin zu den Migrationsströmen in die Grossstädte des Südens und nach Norden Richtung Europa – vergrössern den Druck weiter. Immer mehr Staaten implodieren unter der Last (Libyen, Somalia, Südsudan, Jemen, Syrien, Irak).

Hilfe bietet das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). Im Herbst 2000 von der Schweiz gegründet, zählt DCAF heute 62 Mitgliedstaaten (siehe Karte) und rund 150 Mitarbeiter. Das Budget, zu dem die

DCAF an der Arbeit: Private Sicherheits- und Militärfirmen (PMSC)

DCAF ist der Hauptpartner der Schweiz im sogenannten «Montreux»-Prozess. In diesem Abkommen verpflichten sich die Teilnehmerstaaten (darunter die Schweiz, die USA, Grossbritannien und die EU), nur PMSC zu beschäftigen, die wichtige Spielregeln wie die Genfer Konventionen be-

achten. Parallel verpflichten sich diese in einem speziellen Verhaltenskodex, den bisher über 700 Firmen unterzeichnet haben, dies zu tun. Eine Verifikationsagentur überprüft, ob dies auch zutrifft. DCAF führt das Sekretariat des «Montreux»-Prozesses.

Schweiz rund 60% beiträgt, beläuft sich auf 35 Mio. CHF pro Jahr. DCAF ist heute anerkanntermassen das weltweit führende Kompetenzzentrum im Bereich der Gouvernanz und Reform des Sicherheitssektors. Es bietet den bedrohten Staaten konkrete Hilfestellung vor Ort.

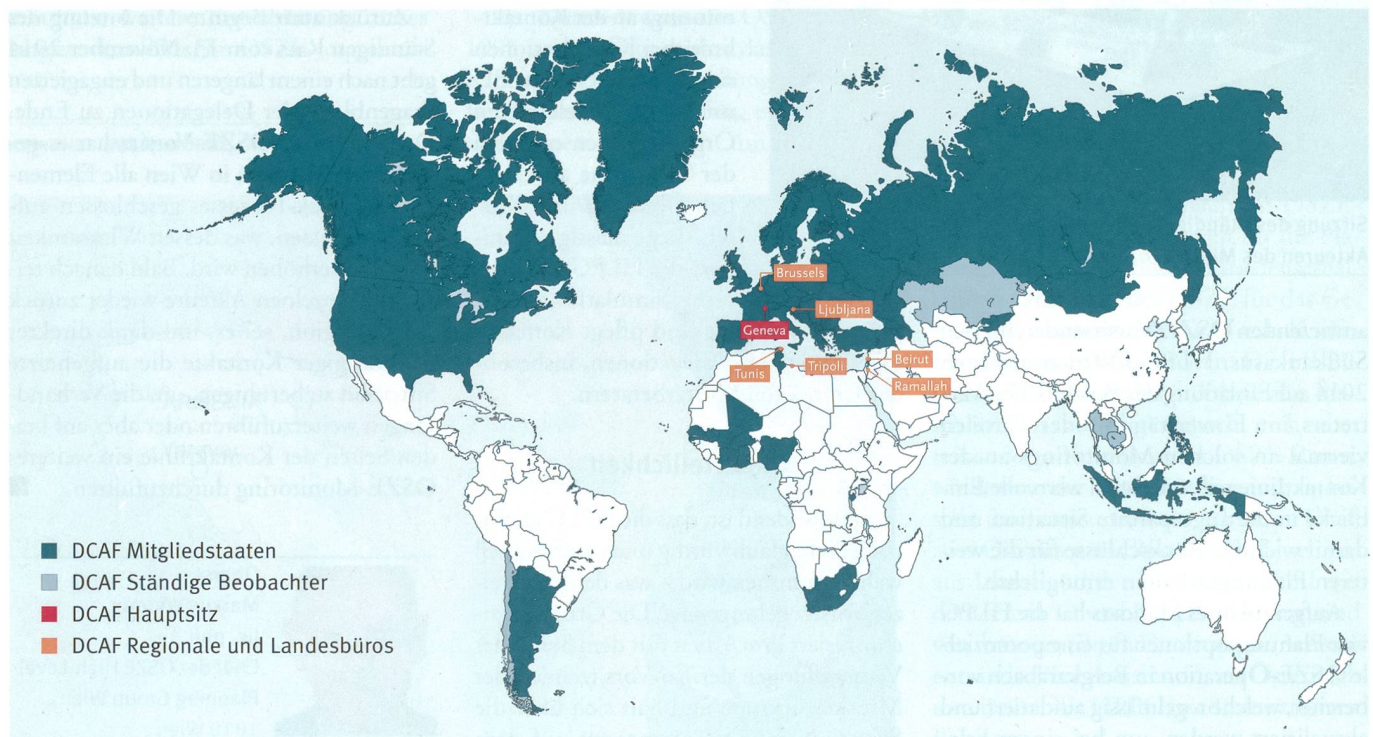
internationalen organisierten Verbrechen verhandelt ist. Aber auch in fragilen Kontexten, insbesondere nach Bürgerkriegen, ist der Aufbau eines funktionierenden, transparenten und parlamentarischen Kontrollen unterstellten Sicherheitssektors die Grundvoraussetzung für einen Weg aus der Krise. Ohne Sicherheit gibt es kein

Aufgabenbereich

Ein totalitärer Sicherheitssektor dient nicht seinen Bürgern, sondern bildet einen «Staat im Staate», der oft eng mit dem

Geographisch breit abgestützt: Dem Stiftungsrat von DCAF gehören 62 Länder an, sechs weitere haben einen Beobachterstatus.

Karte: DCAF



Die Vereinten Nationen nutzen die Expertise von DCAF bei der Definition und Umsetzung ihrer Strategie im Bereich Sicherheitssektor-Gouvernanz und -Reform. Verabschiedung der Resolution 2151 am 28.04.2014 zum Thema Sicherheitssektorreform (Devra Berkowitz, UN 2014).

wirtschaftliches Wachstum. Niemand investiert in einem Kriegsgebiet. Ohne Sicherheit regiert Willkür und kann kein Rechtsstaat aufgebaut werden. Umgekehrt steht ohne wirtschaftliche Entwicklung Sicherheit auf tönernen Füßen. Wer einen leeren Magen hat, greift leichter zur Kalaschnikow. Sicherheitssektorreform stellt das entscheidende Element an der Schnittstelle zwischen Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaat dar. Nicht minder wichtig ist, dass transnationale Akteure, wie zum Beispiel private Sicherheits- und Militärfirmen (PMSC), rechtlichen Spielregeln unterstellt werden und nicht in einem rechtsfreien Raum agieren können.

Handlungsebenen

DCAF bietet Hilfestellung auf drei Ebenen:

- Es ist zum wichtigsten strategischen Ratgeber der internationalen Gemeinschaft geworden. Es leistet so wesentliche Hilfestellung bei der Formulierung und Umsetzung der entsprechenden Strategien von UNO und OSZE, aber auch



der EU, der OECD oder der Afrikanischen Union;

- DCAF sammelt, dokumentiert, analysiert und kommentiert systematisch die guten Praktiken, die sich vor Ort bewähren, und stellt sie den Partnern in Form von Handbüchern, «Tool Kits» und anderen Arbeitsmitteln zur Verfügung. DCAF publiziert in 50 Sprachen;
- Vor allem aber stellt DCAF sein Wissen direkt vor Ort in rund 400 Projekten pro Jahr zur Verfügung. Arbeitsschwerpunkte sind dabei die parlamentarische Kontrolle des Sicherheitssektors, Reform von Polizei, Grenzpolizei und

Nachrichtendiensten, die Stärkung der Stellung der Frau (diese ist heute in islamistischen Kontexten nicht ein «nice to have», sondern eine zentrale Frage), die Kontrolle von PMSC und anderen transnationalen Akteuren (gerade auch in den Bereichen der Rohstofffirmen und Cyber), die Reform von Ministerien und der Kampf gegen Korruption.

Dem DCAF, das von einem Schweizer Botschafter geleitet wird, kommen seine Schweizer Wurzeln entscheidend zu Gute. Das Zentrum arbeitet in einem sensiblen Bereich. Strikte Neutralität, absolute Unparteilichkeit und Diskretion sind Grundvoraussetzung für sein Tun. DCAF bietet seinen Partnern vor Ort nicht doktrinaire, sondern kontextspezifische und massgeschneiderte Lösungen an. Es wird geschätzt, dass DCAF zuhören kann und nicht dogmatisch motiviert ist.

DCAF ist gleichzeitig ein wichtiges Instrument der schweizerischen Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik. Gegenwärtig berät das Parlament den Rahmenkredit 2016–2019 für die drei Genfer Zentren, zu denen DCAF zusammen mit dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) und dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) gehört. ■

DCAF an der Arbeit:

Reform von Polizei und Grenzpolizei im Balkan

DCAF ist auf regionaler Ebene der grösste Anbieter von Hilfe beim Aufbau moderner Polizei- und Grenzpolizei-Strukturen im Balkan. Angelpunkt ist dabei seine Aufgabe, das Sekretariat des Abkommens zur Polizeizusammenarbeit in Südosteuropa zu leiten, der zwölf Staaten der Region angehören. Dazu kommen ein langjähriges Programm zum Aufbau moderner Grenzpolizeien im westlichen Balkan, die

Verwaltung regionaler Polizeiprogramme der DEZA im Balkan, ein Mandat zur Reform des serbischen Innenministeriums und Projekte zur Bekämpfung der Korruption. DCAF bewegt jährlich rund 1000 Polizisten in der Region und trägt direkt zur Bekämpfung des dortigen organisierten Verbrechens bei. Weitere Polizeiprogramme dienen Myanmar, dem arabischen Raum und Zentralasien.

DCAF an der Arbeit: Stete Arbeit in Tunesien

DCAF ist einer der wichtigen Ratsgeber der tunesischen Regierung auf ihrem schwierigen Reformkurs. Die Palette der Aufgaben reicht von der Hilfestellung bei legislativen Vorlagen über eine Reform des «Detention System» (wer darf einen Bürger aufgrund welcher Rechtsnormen ver-

haften?) und die Schaffung von Ombudsinstitutionen in der Armee bis hin zur Stellung der Frau in der tunesischen Gesellschaft. DCAF unterhält hierzu in Tunis ein Büro mit guten Dutzend Mitarbeitern. (Weitere DCAF-Büros befinden sich in Brüssel, Ljubljana, Beirut, Ramallah und Tripolis).



Theodor H. Winkler
Botschafter, Dr.
Direktor DCAF
1211 Genf